

Fragen

für die Fragestunde der 90. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 4. März 2015

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Beck, Volker (Köln) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	29	Kotting-Uhl, Sylvia (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	17, 18
Behrens, Herbert (DIE LINKE.)	13, 14	Krischer, Oliver (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	8, 22
Dağdelen, Sevim (DIE LINKE.)	27, 28	Kühn, Stephan (Dresden) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	9, 10
Ebner, Harald (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	5, 6	Kunert, Katrin (DIE LINKE.)	19, 30
Ernst, Klaus (DIE LINKE.)	3, 4	Nouripour, Omid (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	25, 26
Gastel, Matthias (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	11, 12	Renner, Martina (DIE LINKE.)	1, 2
Hänsel, Heike (DIE LINKE.)	23, 24	Ströbele, Hans-Christian (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	32, 33
Dr. Hahn, André (DIE LINKE.)	15, 16	Zdebel, Hubertus (DIE LINKE.)	35, 36
Höhn, Bärbel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	20, 21		
Hunko, Andrej (DIE LINKE.)	7, 34		
Jelpke, Ulla (DIE LINKE.)	31		

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales ..	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit	7
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie	8
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes	8
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern	9

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz
und für Verbraucherschutz**

1. Abgeordnete
Martina Renner
(DIE LINKE.) Sind dem Generalbundesanwalt für das wiederaufgenommene Ermittlungsverfahren zum Oktoberfestattentat inzwischen alle beim Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) und beim Bundesnachrichtendienst (BND) vorhandenen Akten und Quellenmeldungen zum Komplex übergeben worden?

2. Abgeordnete
Martina Renner
(DIE LINKE.) Sind dem Generalbundesanwalt für das wiederaufgenommene Ermittlungsverfahren zum Oktoberfestattentat die Identitäten sämtlicher V-Personen des BfV und der Landesämter für Verfassungsschutz und des BND im Komplex offengelegt worden?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit
und Soziales**

3. Abgeordneter
Klaus Ernst
(DIE LINKE.) Würde sich die Bundesregierung der Meinung der Gewerkschaft ver.di anschließen, dass die Praxis der Deutschen Post AG, befristeten Beschäftigten, deren Arbeitsverträge zum 31. März 2015 auslaufen, eine schlechter bezahlte unbefristete Anstellung in der neu gegründeten Tochtergesellschaft „Delivery“ anzubieten und damit den gültigen Tarifvertrag zwischen Deutscher Post AG und ver.di zu umgehen, einen Fall von Tarifflicht darstellt (vgl. DIE WELT online, „Post plant Zweiklassen-Gesellschaft bei Paketboten“, online unter: <http://bit.ly/1Fs6yKx>)?

4. Abgeordneter
Klaus Ernst
(DIE LINKE.) Welche Schritte plant die Bundesregierung angesichts des Vorhabens der Deutschen Post AG, bestehende Mitbestimmungsrechte und Tariflöhne durch die Tochtergesellschaft „Delivery“ zu umgehen, um „mit einer klugen Arbeitsmarktpolitik die Weichen für [...] eine starke Sozialpartnerschaft von Arbeitgebern und Gewerkschaften“ zu stellen, wie im Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD angekündigt?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft

5. Abgeordneter
**Harald
Ebner**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Hat sich die Bundesregierung mit Österreich (vgl. www.keine-gentechnik.de/news-gentechnik/news/de/30381.html) und ggf. anderen europäischen Nachbarstaaten, die eine einheitliche, flächendeckende Umsetzung der neuen Gentechnik-Anbauverbote anstreben, bereits konkret über die rechtssichere Formulierung solcher Anbauverbote ausgetauscht, und wenn ja, welche Erkenntnisse haben sich daraus ergeben?
6. Abgeordneter
**Harald
Ebner**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Trifft es nach Kenntnis der Bundesregierung zu, dass Prof. Dr. Hans-Georg Dederer, der im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung und Forschung ein Gutachten erstellt hat, das praktisch sämtliche Umsetzungsmöglichkeiten der neuen Gentechnik-Anbauverbote als rechtsunsicher und nicht mit dem Welthandelsrecht vereinbar bewertet, das Land Sachsen-Anhalt bei dessen Klage gegen erweiterte Haftungsregelungen im Gentechnikgesetz vor dem Bundesverfassungsgericht (BVerfG) beraten hat (siehe Urteil des BVerfG vom 24. November 2010 – 1 BvF 2/05), und welche Grundlage hat das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft für die Aussage von Bundesminister Christian Schmidt, dass „sämtliche Bundesländer ein Verbot von Gentechnik-Pflanzen anstreben“ (siehe www.rp-online.de/wirtschaft/gentechnik-novelle-legt-hoehuerden-fuer-verbot-fest-aid-1.4899806), insbesondere im Hinblick auf die Länder Sachsen-Anhalt und Sachsen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur

7. Abgeordneter
**Andrej
Hunko**
(DIE LINKE.)
- Welche Schlussfolgerungen zur Gefahrenabwehr im Luftverkehr zieht die Bundesregierung aus dem seit Dezember 2014 vorliegenden, aber von der Kommission unveröffentlichten Bericht „Detection losses in Central Europe on the 5th and 10th of June 2014“ zu Störungen der zivilen Flugsicherung im gesamten östlichen Alpenraum durch eine unbekannte externe Störquelle zivilen oder militärischen Ursprungs, und welche weiteren Anstrengungen unternehmen deutsche oder nach Kenntnis der Bundesre-

- gierung auch österreichische Behörden, um die Ursache für weiterhin auftretende Störungen zu beseitigen oder wenigstens aufzuklären?
8. Abgeordneter
**Oliver
Krischer**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Aus welchem Grund werden vom Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur gleich drei verkehrspolitische Modellversuche (Ladesäulen für Elektroautos, selbstfahrende Autos, Warnhinweise für Geisterfahrer) an der Bundesautobahn 9 durchgeführt, und welche konkreten Bedingungen weist diese Autobahn im Unterschied zu anderen Autobahnen in Deutschland auf, die die Durchführung von diesen Modellversuchen hier sinnvoll erscheinen lassen (bitte für jeden der drei genannten Modellversuche einzeln erläutern)?
9. Abgeordneter
**Stephan
Kühn**
(Dresden)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Sind dem Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur Kommunen bekannt, die beabsichtigen, gemäß Elektromobilitätsgesetz (EmoG) Busspuren für Elektroautos freizugeben?
10. Abgeordneter
**Stephan
Kühn**
(Dresden)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Geht die Bundesregierung davon aus, dass die im Aktionsprogramm Klimaschutz und im Nationalen Aktionsplan Energieeffizienz angekündigte steuerliche Sonderabschreibung (Sonder-AfA) für Elektroautos noch dieses Jahr eingeführt wird?
11. Abgeordneter
**Matthias
Gastel**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie viele Fälle unbeabsichtigten Wegrollens eines Zuges ereigneten sich nach Kenntnis der Bundesregierung am Kölner Hauptbahnhof im Zeitraum von 1996 bis 2005 (bitte genaue Daten angeben)?
12. Abgeordneter
**Matthias
Gastel**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie erklärt es sich die Bundesregierung, dass die Deutsche Bahn AG angibt, erst am 9. Dezember 2012 unter Einfluss des Schlichterspruchs ihre Planungen für den Fildertunnel (PFA – Planfeststellungsabschnitt – 1.2) dahingehend geändert zu haben, dass die bis dahin alleinig vorgesehene ETCS-Signalisierung (ETCS – European Train Control System) durch konventionelle Ks-Signaltechnik (Ks – Kombinationssignal) als Rückfallebene ergänzt wurde (vgl. Antwort der Bundesregierung auf meine Mündliche Frage 12, Plenarprotokoll 18/87),

obwohl bereits in den am 19. August 2005 durch das Eisenbahn-Bundesamt planfestgestellten Planfeststellungsunterlagen festgelegt wurde, dass „bei Ausfall der ETCS/LZB oder für Fahrten von Zügen ohne entsprechende ETCS-/LZB-Fahrzeugeinrichtungen [...] als Rückfallebene das Ks-System eingesetzt [wird]“ (Planfeststellungsunterlagen zu PFA 1.2: Anlage 1: Erläuterungsbericht, Teil III: Beschreibung des Planfeststellungsabschnitts, S. 19)?

13. Abgeordneter
Herbert Behrens
(DIE LINKE.)
- Wie beziffert das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur den mit der zu erwartenden Lärmbelastigung verbundenen wirtschaftlichen Schaden für den Tourismus entlang der eingleisigen Bestandsstrecke über die Fehmarnsundbrücke, wo der Güterverkehr in der Zeitlücke zwischen Fertigstellung des Fehmarnbelttunnels und der zweigleisigen, elektrifizierten Bahnstrecke nach Lübeck fahren muss (DIE WELT vom 25. Februar 2015), und wann ist mit einem Gutachten zu diesen Kosten zu rechnen, falls dem Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur zum heutigen Zeitpunkt keine Kenntnisse vorliegen?
14. Abgeordneter
Herbert Behrens
(DIE LINKE.)
- Hat die Baugesellschaft Femern A/S nach Kenntnis des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur bei eventuellen Verzögerungen der Fertigstellung des Fehmarnbelttunnels und der Hinterlandanbindungen Anspruch auf Schadenersatz, und wenn ja, lassen sich diese Ansprüche in ihrer Höhe beziffern?
15. Abgeordneter
Dr. André Hahn
(DIE LINKE.)
- Wie hat sich nach Kenntnis der Bundesregierung der Lärm durch den Schienenverkehr im oberen Elbtal (von Schöna bis Meißen) in den letzten zwei Jahren entwickelt, und inwieweit sieht die Bundesregierung Notwendigkeiten und Möglichkeiten, die Lärmemissionen für die Anwohnerinnen und Anwohner des oberen Elbtals (weiter) zu senken?
16. Abgeordneter
Dr. André Hahn
(DIE LINKE.)
- Was hat die Bundesregierung in den vergangenen zwei Jahren zur Senkung des Lärms infolge des Schienenverkehrs im oberen Elbtal getan, und was wird sie diesbezüglich in den Jahren 2015 und 2016 tun?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt,
Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit**

17. Abgeordnete
**Sylvia
Kotting-Uhl**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Unterstützungsmöglichkeiten seitens Deutschlands zur Sicherung der ukrainischen Atomanlagen haben sich abschließend bei der Prüfung durch die Bundesregierung ergeben (vgl. Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Bundestagsdrucksache 18/3521), und welche genauen Handlungsoptionen ergeben sich daraus für die Bundesregierung, Bundesbehörden oder nach Auffassung der Bundesregierung für Forschungs- und Sachverständigenorganisationen (bitte um Erläuterung zu den einzelnen Handlungsoptionen)?
18. Abgeordnete
**Sylvia
Kotting-Uhl**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie war das spätere anteilige Verhältnis an in Eigenständigkeit durchgeführten Arbeiten beim Projekt Schacht Konrad zwischen dem Bundesamt für Strahlenschutz und der Deutschen Gesellschaft zum Bau und Betrieb von Endlagern für Abfallstoffe mbH (DBE), das bei der letzten Organisationsuntersuchung etc. festgestellt worden ist (in Abgrenzung zu dem Verhältnis von etwa 35 zu 65 Prozent, das laut der Antwort der Bundesregierung auf meine Schriftliche Frage 52 auf Bundestagsdrucksache 18/3711 für die schon weiter zurückliegende Planungsphase ermittelt wurde; vgl. in o. g. Antwort die Aussage: „Mit Projektfortschritt und Übergang in die Realisierungsphase steigt der Anteil der DBE, da dieser die Ausführung obliegt.“)?
19. Abgeordnete
**Katrin
Kunert**
(DIE LINKE.)
- Mit welchem zeitlichen Fahrplan gedenkt die Bundesregierung sicherzustellen, dass die Prüfung einschlägiger gesetzlicher Bestimmungen mit dem Ziel einer angemessenen Berücksichtigung der Interessen des Sports in immissionsschutzrechtlichen Konfliktlagen mit einem tragfähigen Ergebnis zum Abschluss gebracht wird?
20. Abgeordnete
**Bärbel
Höhn**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Hält die Bundesregierung weiterhin am Ziel fest, wonach sie eine „Halbierung der CO₂-Emissionen der Bundesregierung einschließlich Geschäftsbe-
reich bis 2020 gegenüber 1990“ (Maßnahmenprogramm Nachhaltigkeit vom 6. Dezember 2010) erreichen will, und wie viel CO₂-Reduktion wurde bis zum Jahr 2014 bereits erreicht?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie

21. Abgeordnete
Bärbel Höhn
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Ab wann wird nach Informationen der Bundesregierung der Leserraum zur Einsicht in vertrauliche TTIP-Dokumente (TTIP – Transatlantisches Freihandelsabkommen zwischen der Europäischen Union und den USA) in der Berliner US-Botschaft eingerichtet sein, und plant die Bundesregierung, an die US-amerikanische Botschaft auch die Namen nationaler Parlamentarier als Zugangsberechtigte zu übermitteln, wie dies die Europäische Kommission im Rahmen ihrer Transparenzinitiative vorgeschlagen hat?
22. Abgeordneter
Oliver Krischer
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Von welcher Gesamtsumme geht die Bundesregierung bei der „Winterreserve“ in den kommenden drei Jahren (bitte einzeln aufschlüsseln) aus, und welche Unternehmen haben davon seit dem Inkrafttreten der „Winterreserve“ profitiert?
23. Abgeordnete
Heike Hänsel
(DIE LINKE.)
- Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus dem Fakt, dass mit Geld aus den Rettungspaketen für Griechenland Rüstungsgüter in Milliardenhöhe von Rüstungsfirmen gekauft wurden (www.rtdeutsch.com/2845/inland/deutscher-waffendeal-mit-griechenland-beteiligte-packen-aus/)?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

24. Abgeordnete
Heike Hänsel
(DIE LINKE.)
- Welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung aus der Absichtserklärung, dass die US-Armee ukrainische Einheiten, wie es am 11. Februar 2015 der Oberkommandeur der US-Streitkräfte in Europa, Ben Hodges, für März 2015 angekündigt hat, ausbilden wird (<http://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/2015/02/11/us-militaer-bildet-ab-maerz-ukrainische-soldaten-aus/>) und ein weiteres Training plane (www.tagesschau.de/ausland/ukraine-ausbildung-101.html) (bitte begründen)?

25. Abgeordneter
Omid Nouripour
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über zunehmende Flüchtlingsströme von Pakistan nach Afghanistan, und welche Maßnahmen ergreift die Bundesregierung in dieser Hinsicht?
26. Abgeordneter
Omid Nouripour
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie viele deutsche und internationale Polizeibeamte sind als Berater im Norden Afghanistans nach Kenntnis der Bundesregierung derzeit entsandt, und hält die Bundesregierung diese Zahl für ausreichend, um dem afghanischen Ausbildungsbedarf gerecht zu werden?
27. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(DIE LINKE.)
- Inwieweit hat die Bundesregierung gegenüber der ukrainischen Regierung bezüglich der Verhaftung des ukrainischen Journalisten Ruslan Kotsaba aus Ivano-Frankivsk in der Westukraine am 8. Februar 2015 durch den ukrainischen Geheimdienst interveniert, der selbst ein Unterstützer des Maidan war, sich aber gegen die Mobilisierungsaktion der ukrainischen Armee sowie die Fortsetzung des Krieges im Osten des Landes ausgesprochen hat und wegen vermeintlichen Hochverrats gefangen gehalten wird, wobei ihm bei Verurteilung bis zu 15 Jahre Gefängnis drohen (www.tagesschau.de/ausland/ruslankotsaba-103.html), und inwieweit teilt die Bundesregierung die Auffassung, dass die Kriegsdienstverweigerung als Form des zivilen Ungehorsams in demokratischen Rechtsstaaten nicht strafrechtlich relevant sein darf, sondern ein gesetzlich verbrieftes Bürgerrecht sein muss?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

28. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(DIE LINKE.)
- Räumt die Bundesregierung ein, dass die Aussagen des Parlamentarischen Staatssekretärs beim Bundesminister des Innern Dr. Ole Schröder in der Fragestunde vom 25. Februar 2015 (Plenarprotokoll 18/87, S. 8226) falsch waren, wonach sich Deutschland im Zusammenhang der Familienzusammenführungsrichtlinie angeblich „erst im Pilotverfahren, noch nicht im Vertragsverletzungsverfahren“ befinde und der Europäische Gerichtshof im Dogan-Urteil „klar gesagt“ habe, „dass es weiterhin möglich“ sei, einen Sprachnachweis beim Nachzug zu assoziationsberechtigten türkischen Staatsangehörigen „einzufordern, dass wir aber eine weitergehende Härtefallregelung brauchen“ (bitte zu bei-

den Punkten ausführen), und was folgt daraus, dass sich entgegen der Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs auf meine Mündliche Frage 38 (Plenarprotokoll 18/87, S. 8224) die Ausführungen des Generalanwalts am Europäischen Gerichtshof Maciej Szpunar vom 28. Januar 2015 zur Unzulässigkeit von Sprachtests im Zusammenhang von Integrationsmaßnahmen ausdrücklich doch auch auf die Familienzusammenführungsrichtlinie bezogen (siehe z. B. Randnummern 45, 46 und 85 der Stellungnahme des Generalanwalts, bitte ausführen)?

29. Abgeordneter
Volker Beck
(Köln)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Hat die Bundesregierung Kenntnis über in Deutschland lebende Karikaturisten, die am holocaust-relativierenden Karikaturenwettbewerb des Iran teilnehmen, und welche konkreten rechtlichen Schritte sind dagegen aus Sicht der Bundesregierung möglich?
30. Abgeordnete
Katrin Kunert
(DIE LINKE.)
- Wie beurteilt die Bundesregierung den Fakt, dass laut FIFA-Regeln (FIFA – Fédération Internationale de Football Association) ein unbegleiteter minderjähriger Flüchtling nicht in einen Fußballverein eintreten kann, wenn die Mannschaft der Erwachsenen im Klub in einer der vier höchsten Ligen spielt, da die Zustimmung der Eltern nicht vorliegt, obwohl er einen vom Gericht bestellten Vormund hat und somit der Verdacht des dubiosen Spielvermittlers unbegründet ist, und welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung hierbei, um die Integration von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen durch den Fußballsport weiter zu fördern (Süddeutsche Zeitung vom 23. Februar 2015)?
31. Abgeordnete
Ulla Jelpke
(DIE LINKE.)
- Mit welcher Begründung verweigert die Bundesregierung den Abgeordneten des Deutschen Bundestages eine Kenntnisnahme des Einleitungsschreibens der Europäischen Kommission zum Vertragsverletzungsverfahren vom 16. Oktober 2014 wegen unzulässiger Binnengrenzkontrollen (vgl. Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE. auf Bundestagsdrucksache 18/3996), obwohl es in § 3 des Gesetzes über die Zusammenarbeit von Bundesregierung und Deutschem Bundestag in Angelegenheiten der Europäischen Union (EUZBBG, „Grundsätze der Unterrichtung“) heißt, dass „umfassend“ zu Angelegenheiten der EU berichtet werden soll, in § 3 Absatz 2 EUZBBG, dass sich die Unterrichtung insbesondere auf „Stellungnahmen“ der Kommission erstreckt und in § 4 Absatz 1 EUZBBG, dass alle bei der Bundesregierung eingehenden Dokumente der Organe

der EU dem Deutschen Bundestag übersandt werden sollen, so dass nach meiner Auffassung offenkundig ist, dass es sich um eine ungewollte Regelungslücke handelt, wenn in § 4 Absatz 6 EUZBBG nur Richtlinien und nicht Verordnungen erwähnt werden (bitte ausführlich begründen, auch, warum eine Übersendung des Einleitungsschreibens nicht nach § 3 i. V. m. § 4 Absatz 1 EUZBBG erfolgt)?

32. Abgeordneter
**Hans-Christian
Ströbele**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Welche Sofortmaßnahmen ergreift die Bundesregierung nach den Berichten, dass die Geheimdienste National Security Agency (NSA) und Government Communications Headquarters (GCHQ) 2010/2011 die Chips („Encryption Keys“) in SIM-Karten von Telekommunikationsgeräten sowie mutmaßlich auch Reisepässe und Personalausweise ausspähen (vgl. www.handelsblatt.com, aufgerufen am 20. Februar 2015) – was entgegen der Annahme des betroffenen Herstellers „Gemalto“ weder kurzfristig festgestellt noch durch Verschlüsselungsalgorithmus ausgeschlossen werden könne (vgl. www.chip.de, aufgerufen am 26. Februar 2015) –, um nun der Gefahr zu begegnen, dass diese Dienste auch Kommunikation von Personal in Bundesregierung und Bundesbehörden mit bislang als sicher geltenden Geräten ausforschen sowie Dokumente mit solchen Chips missbrauchen können, und inwieweit waren u. U. auch deutsche Stellen an der erstgenannten Ausspähung zusammen mit jenen ausländischen Diensten beteiligt?

33. Abgeordneter
**Hans-Christian
Ströbele**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Welche Angaben macht die Bundesregierung zur Entwicklung und zum derzeitigen Stand der „automatisierten und systematischen Gewinnung, Verarbeitung und Auswertung von Massendaten aus dem Internet“, wie „zentral“ v. a. etwa „Kontaktlisten und Beziehungsgeflechte in [...] sozialen Netzwerken wie Facebook, Twitter oder YouTube“, durch das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV), welches solche selbst so formulierte Überwachung im Rahmen seiner neuen Referatsgruppe „Erweiterte Fachunterstützung Internet“ Berichten zufolge (www.netzpolitik.org vom 26. Februar 2015) mindestens seit 2013 betreibt, und inwieweit berücksichtigt das BfV dabei – neben politischen Bedenken dagegen – auch die Rechtslage, dass es keine Massendaten über solche Kommunikation abfangen darf, sondern sich lediglich gemäß § 3 des Artikel 10-Gesetzes (G 10) die Überwachung von (z. B. E-Mail-)Verbindungen einzelner Teilnehmer durch die G 10-Kommission genehmigen lassen darf?

34. Abgeordneter
Andrej Hunko
(DIE LINKE.)
- Wann sollen nach gegenwärtigem Stand die beiden Berichte bzw. Bewertungen zur Gefährdung und Abwehr von Drohnen vorliegen, die in der Deutsch-Französischen Kommission für Fragen der Sicherheit kerntechnischer Einrichtungen und in einer Bund-Länder-Projektgruppe zur „potenziellen Schadwirkung und der Abwehr von unbemannten Luftfahrzeugen“ erarbeitet werden (vgl. Antworten der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE. auf Bundestagsdrucksache 18/3608 und auf meine Mündliche Frage 38, Plenarprotokoll 18/72), und bei bzw. mit welchen Firmen oder Behörden wurde vom Bundeskriminalamt der „Sachstand zu möglichen Gefährdungsszenarien“ und Verfahren zur „kontrollierten Zwangslandung“ erhoben bzw. Marktsichtungen vorgenommen?
35. Abgeordneter
Hubertus Zdebil
(DIE LINKE.)
- Über welche Verfahren oder Produkte (bitte die Hersteller benennen) zum polizeilichen „Jamming“ von unerwünschten Drohnen haben sich das Bundeskriminalamt und die Polizei des Landes Nordrhein-Westfalen ausgetauscht (Plenarprotokoll 18/72), und welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung aus den dort betrachteten Verfahren oder Technologien?
36. Abgeordneter
Hubertus Zdebil
(DIE LINKE.)
- In welcher Häufigkeit fordert die Bundespolizei von den Fluggesellschaften auf der Basis einer Lagebewertung bei ausgewählten ankommenden Flügen über EU-Außengrenzen sogenannte Advance Passenger Information (API-Daten) an (Bundestagsdrucksache 18/2972, bitte wenn möglich einen täglichen Durchschnittswert angeben), und nach welchem Verfahren wird ausgewählt, wann, von wem, oder für welche Flüge die API-Daten angefordert werden?